

Behörden Spiegel newsletter

E-Government, Informationstechnologie und Politik



Jetzt anmelden!

Ressource
MENSCH

Gesellschaftliche Potenziale im Wandel

» 6. Demographie-Kongress Best Age «

30.08. – 31.08. 2011, dbb forum, Berlin
Vollständiges Programm unter www.best-age-conference.com

Nr. 503 Berlin und Bonn

17. August 2011

ISSN 1867-1993

Meldungen

Vergleichspflicht IT- und Dienstleistungen

(BS) Die private und öffentlich-private Erbringung von IT- und Dienstleistungen soll preiswerter und wirtschaftlicher angeboten werden, als das bisher in Form der Selbsterbringung der öffentlichen Hand geschieht. Dies ist das Ziel einer Initiative des Behörden Spiegel und mehrerer Unternehmen der IT-Branche.

Mit der Kommunikations- und Informationsinitiative sollen öffentlich-private Partnerschaften gefördert und die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden. Es soll erreicht werden, dass immer dann, wenn eine privat-öffentliche Dienstleistung kostengünstiger angeboten werden kann als die derzeit erbrachte rein öffentliche, die Pflicht zur Prüfung besteht und auch wahrgenommen wird. "Dies geschieht derzeit nicht", heißt es in einer Broschüre der "Initiative zur öffentlich-privaten Kooperation bei Infrastrukturmaßnahmen und Dienstleistungen". Deshalb sei auch im parlamentarischen Raum der Gedanke, dass regelmäßig eine Überprüfung und Vergleichbarkeit von Eigenlösung und ÖPP-Ansatz vorzunehmen ist, zu diskutieren.

Weitere Informationen unter:
www.dppp.de

Modellprojekt bürgernahe Verwaltung



Unterzeichner der Vereinbarung für die Modellprojekte.

Foto: BS/BMI/Schaaf

(BS) Die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, hat in Berlin den Startschuss für zwei Modellprojekte gegeben. Sie haben das Ziel, die öffentliche Verwaltung zukunfts- und bürgernah aufzustellen.

Im Freistaat Sachsen wird das Projekt "Bürgerterminal und mobile Bürgerbüros als Bestandteil moderner Bürgerservices im ländlichen Raum" in mehreren Modellregionen erprobt, in Mecklenburg-Vorpommern wird das Projekt "Kooperative Bürgerbüros und Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 im Landkreis Ludwigslust und der Region Westmecklenburg" durchgeführt. In einer einjährigen Konzeptphase soll in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen untersucht werden, wie die Leistungen der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft nah an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet werden können. Dabei sollen mehr

mobile und virtuelle Bürgerservicedienste sowie zeit- und ortsunabhängige Dienstleistungen erprobt werden. "In dünn besiedelten Regionen der neuen Bundesländer soll auch in Zukunft die Verwaltung erreichbar sein, zuverlässig und effizient arbeiten", betonte Rogall-Grothe. "Damit wird auch ein Beitrag zur Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie geleistet." Das Bundesinnenministerium unterstützt die beiden Projekte mit jeweils 100.000 Euro.

Mit Rogall-Grothe unterzeichneten die Staatssekretäre aus dem sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa, Dr. Wilfried Bernhardt und aus dem Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Thomas Lenz, die Vereinbarung ebenso wie der Landrat des Landkreises Ludwigslust, Rolf Christiansen und der Geschäftsführer des Zweckverbandes für Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen, Martin Schmelting.

Inhalt/Themen

Vom System zu den Daten....3

PITS 2011.....5

GPRS-Sicherheitslücke.....6

Österreich: Open Data.....7



Die optimale Ergänzung zu Ihrem TVöD-Kommentar.

„Haufe TVöD Office“ ist die **Basislösung, die neben keinem TVöD-Kommentar fehlen darf**. Sie ergänzt den juristischen Fachkommentar durch ein TVöD-Praxislexikon mit Berechnungsbeispielen und Praxisfällen optimal.

www.haufe.de/tvoed-office

HAUFE.

KickOff - Exadata Demo Center im Konrad-Zuse-Zentrum in Berlin

(BS) Benötigen Sie massive Leistungssteigerung Ihrer Datenbank Anwendungen? Auf dieser Veranstaltung wird dazu eine Lösung aufgezeigt.

Oracle und Computacenter stellen am Zuse Institut in Berlin Kunden des Öffentlichen Bereichs hierfür ein Oracle Exadata Demo und Testsystem zur Verfügung.

Überzeugen Sie sich vor Ort von der Leistungsfähigkeit der Exadata, die bei zahlreichen Kunden eine Performancesteigerung von Faktor 5-10 bereits bewiesen hat. Am 13. September fällt bei einem KickOff der offizielle Startschuss des Exadata-Demo-Centers in Berlin. Gerne können Sie sich dazu anmelden.

Die Exadata Database Machine von Oracle ist eine Datenbankplattform, die höchste Performance sowohl für Data Warehousing als auch für Transaktionssysteme bietet. Damit stellt sie auch eine ideale Plattform zur Konsolidierung auf Grids oder Clouds dar. Kunden können dabei Kosten deutlich reduzieren, mehr Daten auf mehreren Komprimierungsebenen verwalten, die Leistung sämtlicher Anwendungen erhöhen sowie bessere Geschäftsentscheidungen schneller treffen.

Bereits seit November 2008 agiert das ZIB als "Center of Excellence Daten- und Speichermanagement" und bietet mit diesem



Demo Center einen neutralen Ort für Tests und Benchmarks. Das ZIB kümmert sich hierbei sowohl um die technische Umsetzung als auch um die Erstellung belastbarer Tests und Messungen zum Nachweis von Funktionalität und Leistungsfähigkeit.

Unser Partner Computacenter ist Europas führender herstellerübergreifender Dienstleister für Informationstechnologie. Computacenter hat seit vielen Jahren in den Aufbau einer eigenen Organisation für Öffentliche Auftraggeber investiert, um die speziellen Bedürfnisse der Öffentlichen Verwaltung erfüllen zu können. Das Demo Center richtet sich an Kunden, die große Datenmengen verarbeiten, langwierige operative Prozesse abwickeln und die Bearbeitungszeiten erheblich verbessern wol-

len. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Aus organisatorischen Gründen ist Ihre formlose Anmeldung bei regina.steyer@oracle.com notwendig. Sie erhalten eine Teilnahmebestätigung. Frau Steyer steht Ihnen auch für Rückfragen zur Verfügung, Tel.: 02102/4511 648.

Veranstaltungsort:
Konrad-Zuse-Zentrum
für Informationstechnik Berlin
Takustraße 7
D-14195 Berlin-Dahlem

i Mehr Informationen:
www.zib.de

>>> Jetzt Termin vormerken!
26. September 2011

führungskräfte forum

Der Weg zum zukunftsfähigen Rechenzentrum

Cloud Computing – Energieeffizienz – IT-Sicherheit

26. September 2011, Beschaffungsausschuss des Bundesministeriums des Innern, Bonn

Weitere Informationen unter www.fuehrungskraefte-forum.de

Eine Veranstaltungsreihe des **Behörden Spiegel**

Mit Unterstützung von:

Vom System zu den Daten ?

(BS) Wir sichern unsere Kabelkanäle, Netzwerke, Applikationen und Endgeräte – die Daten selbst bleiben aber meist ungeschützt. Hacker-Angriffe haben deswegen fatale Folgen: Sobald die Systemsicherheit umgangen ist, sind Dateien frei zugänglich. Zuletzt hat das die Bundespolizei schmerzhaft erfahren müssen. Die direkte Verschlüsselung der Daten könnte Abhilfe schaffen, unklar ist aber vor allem, wer die Daten klassifizieren soll.

"Wir tun uns bislang schwer unsere Daten außer Haus zu geben, weil wir eben letztlich nicht wissen, was damit passiert", erklärt Dr. Andreas Mück, bayerischer IT-Sicherheitsbeauftragter aus dem Staatsfinanzministerium. "Wenn wir aber anfangen Daten direkt zu sichern, dann könnten wir mit Themen wie Cloud Computing ganz anders umgehen."

"Denke" verändern

Mück befürchtet, dass die Diskussion um das Nutzen von Cloud Computing in drei Jahren immer noch auf dem heutigen Stand ist. "Die Verwaltung gibt in der Regel keine Daten zur Verarbeitung nach außen, weil wir schlicht nicht wollen, dass wir nächste Woche mit dem nächsten Daten-Skandal in der Zeitung stehen."

Ihm gehe es nicht darum, überstürzte technische Entscheidungen zu fällen, sondern die bislang vorherrschende "Denke" zu verändern. Es gehe darum, vom Schutz der Systeme zur Sicherung der eigentlichen Daten zu gelangen.

Der Zeitpunkt dafür scheint günstig: Im Rahmen der Nationalen E-Government-

Strategie erarbeiten die IT-Sicherheitsbeauftragten von Bund und Ländern derzeit IT-Sicherheitsleitlinien, die als Standard für die gesamte Verwaltung gelten sollen.

Klassifizierung und Verschlüsselung

"Datenklassifizierung als erster und Verschlüsselung als zweiter Schritt sind zukunftsweisend für die IT-Sicherheit", erklärt Michael Kranawetter, Chief Security Advisor bei Microsoft Deutschland.

"Sobald Daten personenbezogen sind, muss festgelegt werden, wer damit arbeiten darf und was für ein Zugriff überhaupt gewährt wird." Das gelte im Besonderen für Clouds: "Ich denke, dass die Fragen um die Verschlüsselungen gerade in Hinblick auf Clouds immer aktueller werden. Es findet bereits eine Standardisierung der Verschlüsselung statt". Künftig könnten Verschlüsselungsprogramme auch als Angebot auf mobilen Endgeräten genutzt werden.

Damit wäre es möglich, Daten auch von unterwegs verschlüsselt in die Cloud zu geben, ohne dass der Cloud-Anbieter – in welchem Land auch immer – mit den Daten etwas anzufangen wüsste.

Als problematisch sieht Kranawetter die sogenannte "Consumerization of IT": Jeder soll heute alle Geräte für alle Anwendungen



Die Kontrolle, welche Daten wohin wandern, ist die Haupt-herausforderung für viele Administratoren.

Foto: BS/Matthias Balzer/Pixelio.de

nutzen können. "Wenn Daten aber auf ein bestimmtes Level klassifiziert sind, dürften sie nicht ohne weiteres auf alle heute gängigen Endgeräte kopiert oder synchronisiert werden."

Dafür stehe aber bald Abhilfe bereit: Wer die Daten nicht lokal abspeichert, sondern mit Terminal Sessions arbeitet, schaut sie sich nur online über einen Cloud-Service an. Die Kontrolle über die Daten verbleibt extern. "Dann brauche ich auch nicht mehr unbedingt die Entschlüsselungstechnik lokal auf meinem Endgerät bereitzuhalten, weil die Daten ebenfalls in einem Rechenzentrum entschlüsselt werden."



Lesen Sie den vollständigen Beitrag in der aktuellen Ausgabe des **Behörden Spiegel**, Seite 24

MIT SAP GIBT DER STAAT SEIN BESTES. UND MEHR.

Besuchen Sie unsere Jahresveranstaltung am 15.09.2011 in St. Leon-Rot. Jetzt informieren und direkt anmelden: sap.de/public_2011



MIT SAP MEHR

WEITBLICK
BILDUNG
CHANCEN
ERREICHEN
IDEEN
ZUKUNFT

6. Bundeskongress ÖPP

Infrastrukturen sichern Modernisieren und Sparen durch Partnerschaften



19. September 2011, Wissenschaftszentrum Bonn

www.dppp.de

Programmfolge

- 08:45 **ÖPP: Wo stehen wir heute?**
Franz Drey, stellv. Chefredakteur, Behörden Spiegel
- 09:00 **Modernisieren und sparen durch Partnerschaften**
Dr. Hans Bernhard Beus, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
- 09:30 **ÖPP nach der Krise: Befund, Probleme, Perspektiven**
Prof. Dr. Hannes Rehm, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der ÖPP Deutschland AG, ehem. Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)
- 10:00 **Thesendebatte:
"Partnerschaften sind zu teuer"
Spart es sich allein besser?**
Leitung: Franz Drey, stellv. Chefredakteur, Behörden Spiegel
Impulsvortrag: Dr. Johannes Schuy, Vorstand der ÖPP Deutschland AG
- Dr. Walter Arnold MdL, Staatssekretär a.D., Landtag Hessen
 - Wilfried Kruse*, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf
 - Thomas Makowka, Bankdirektor, Leiter Bund und Länder, WestLB AG
 - Dr. Rainer Limberg, Leiter Immobilienwirtschaft Dortmund
- 11:00 Kaffeepause
- 11:15 **Zwischen Haushaltsdruck und Handlungsdruck
ÖPP – eine Chance für Kitas?**
Britta Timm, Leiterin PPP, Deutsche Kreditbank AG
- 11:45 **Fachforen / Partnerforum A**
- 12:45 Mittagspause
- 13:30 **Thesendebatte:
Zahlt die Verwaltung die Rechnung?
ÖPP bei IT: die Risikoverteilung**
Leitung: Guido Gehrt, Behörden Spiegel
- Horst Westerfeld, Staatssekretär im hessischen Ministerium der Finanzen
 - Dr. Christoph Baron, Siemens AG
 - Dr. Lothar Mackert, IBM Deutschland GmbH
 - Claus Wechselmann, IT-Direktor der ÖPP Deutschland AG
 - N.N. Kommune
- 15:00 Kaffeepause
- 15:15 **Ein neuer Stadtteil entsteht vom Reißbrett
Licht – organisiert, strukturiert, emotionalisiert**
Artur Gröbbrink, Manager SSL Business Development, OSRAM Opto Semiconductors
- 15:45 **Fachforen / Partnerforum B**
- 16:45 **Schlussbemerkungen und Ausblick**
Dr. Johannes Schuy, Vorstand der ÖPP Deutschland AG
- 17:00 **Ende der Veranstaltung**

*angefragt

Fachforen

- I**
Städtische Beleuchtung per ÖPP
Die große Chance? Oder maßlos übertrieben?
- II**
Effiziente IT-Partnerschaften
Zwischenbilanz: Wie geht es weiter?
- III**
Neue Finanzierungsmodelle
Was ist geblieben? Was hat Chancen?
- IV**
Die Wirtschaftlichkeit entscheidet
Langzeitbetrachtung, Risikoaufteilung, Realisierung aus einem Guss, Qualität
- V**
Partnerschaftliche Gebietsentwicklung
Infrastrukturprojekte: Hochbau und Tiefbau
- VI**
Beraterleistungen: Worauf kommt es an?
Erfolgreiche Begleitung partnerschaftlicher Projekte

Partnerforum A
Nachhaltige Lösungen im öffentlichen Hochbau – Gestaltungsansätze und Ergebnisse aktueller ÖPP-Ausschreibungen
VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH

Partnerforum B
Die Auswirkung unterschiedlicher Investitions- und Instandhaltungskonzepte auf die kommunale Verschuldung
Mütze Korsch Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH /
Private Sector Participation Consult GmbH

Ihr Ansprechpartner

Franz Drey
Programmleiter
Telefon: 030 557 412-23 • E-Mail: franz.drey@behoerderspiegel.de

Weitere Informationen zu den Fachforen finden Sie unter www.dppp.de

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

In Zusammenarbeit mit

**Partnerschaften
Deutschland**
ÖPP Deutschland AG

Bundesministerium
der Finanzen

Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

PPP
Public Private Partnership
in Hessen und Thüringen e.V.

**DE DEUTSCHE
BAUINDUSTRIE**

**DEUTSCHER
LANDKREISTAG**

BITKOM
Leistungstechnik verbindet

BPPP
Netzwerk Infrastrukturmanagement

Hauptsponsor:

OSRAM
Opto Semiconductors

Partnerforensponsor:

VBD
Beratungsgesellschaft
für Behörden mbH

**M K
R G**

Weitere Sponsoren:

DKB Deutsche
Kreditbank AG

WestLB

allcander

Bayern LB

IBM

DR.-ING. FECHER CONSULT
ARCHITECTEN- UND FACHBEREITUNGSGES. VDB

SIEMENS

swarco

PITS 2011: Zwischen Lücken und "leaken"

(BS) Nie zuvor war IT-Sicherheit so aktuell wie derzeit: Zahlreiche spektakuläre IT-Sicherheitsvorfälle und Datenskandale bereiten das Umfeld der diesjährigen Public-IT-Security, der IT-Sicherheits-Kongressmesse für die öffentliche Verwaltung. Von den politischen Aktivisten rund um Wikileaks und den Hacktivisten von Anonymous, von Wirtschaftsspionage und Cybercrime bis hin zu den enorm gestiegenen staatlichen Cyberwar-Kapazitäten – die IT-Infrastruktur und die Daten der öffentlichen Verwaltung stehen einer großen Vielzahl von Gefahren gegenüber.

Dabei muss der Staat die Sicherheit seiner hoheitlich erhobenen Daten garantieren – angesichts der schnellen technischen Entwicklung und der Bandbreite der Bedrohungen kein leichtes Unterfangen. Zudem hängt die weitere Modernisierung staatlicher Verwaltungsstrukturen von dem Vertrauen der Bürger in die staatliche Datensicherheit ab.

Cloud-Computing und E-Government lassen sich nur weiter ausbauen, wenn die Sicherheit der Online-Dienstleistungen gewährleistet wird. **Die PITS 2011, die am 14. und 15. September im dbb forum berlin**

stattfindet, greift diese neuen Entwicklungen auf. Die Kongressmesse gibt einen Einblick in die Bedrohungen, denen sich die staatliche IT-Infrastruktur ausgesetzt sieht, in die politischen Vorhaben und möglichen Gegenmaßnahmen.

Diese Sonderseite soll einen ersten Einblick in das Themenspektrum der Kongressmesse geben.



Das E-Journal zur
Kongressmesse Public IT-Security
hier zum Download

Das Geheimnis von Pulcinella oder: Warum nochmal brauchen wir IT-Sicherheit?

(BS/Sachar Paulus*) Der IT-Sicherheitsmarkt hat sich verselbständigt. Oftmals ist den IT-Verantwortlichen kaum noch zu erklären, warum nun noch dieses Tool und jene Prozesse eingeführt werden müssen, um die IT-Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Chief Information Security Officer (CISOs) in großen Organisationen sind im Alltag eher damit beschäftigt, kleine, aber elementare Sicherheitslücken zu schließen und haben damit kaum noch Zeit und Muße, das "große Ganze" im Auge zu haben. So entsteht die Gefahr, Investitionen zu tätigen, deren Wirkung nur marginal ist und fundamental wichtige Aspekte aus dem Auge zu lassen.

Die Problematik liegt darin, dass wir dazu tendieren, Missstände in der Technologie durch Handlungsanweisungen kompensieren zu wollen. Dabei ist das eigentliche Problem nicht der Mensch, sondern die unzureichende Technik. Letztlich müssen Informierte und gebildete Menschen mit einem Auftrag diesen erfüllen können und sich darauf verlassen, dass die Technologie ihnen keinen Strich durch die Rechnung macht. Statt also fehlerhafte Technologie mit einschränkenden Prozessen und noch mehr fehlerhafter Technologie zu bekämpfen, sollten wir gute Technologie entwickeln, gute Technologie fördern und gute



Foto: BS/flickr.com

Technologie einsetzen. Vor diesem Hintergrund stellt Sachar Paulus in seinem Vortrag auf der PITS die wichtigsten Trends vor und was sie für die IT-Branche im Allgemeinen und die IT-Sicherheits-Branche im Speziellen bedeuten. Stichworte sind: Soziale Netzwerke, Cloud, Bring Your Own Device, Smart XXX und Identitätsmanagement.

* Prof. Dr. Sachar Paulus ist Professor für Unternehmenssicherheit und Risikomanagement an der FH Brandenburg.

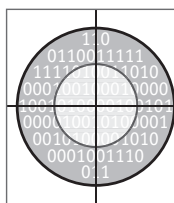


Weitere Informationen
und Anmeldung unter:
www.public-IT-security.de

Hacker warnen vor Handy-Sicherheitsleck durch GPRS

(BS) Ein Berliner Sicherheitsunternehmen hat den Internetverkehr von Handys geknackt. Diese Lücke im Sicherheitssystem erlaubt das ausspionieren von mobilen E-Mails und Internetbesuchen in einem großräumigen Umkreis.

Bis auf den Code von Firmen-Blackberrys konnte das Berliner Unternehmen Security Research Labs die Verschlüsselungstechnologie für das mobile Internet aller Handys knacken. Mit Hilfe der GPRS-Datenkommunikation konnte die Firma im Umkreis von fünf Kilometern die Datenkommunikation lesen. Darunter fielen



Im Visier der Hacker

Wöchentliche Rubrik zu Cyberattacken auf Behörden, Unternehmen und andere Institutionen

auch passwortgeschützte Facebook-Konten. Die GPRS-Technik wird in den meisten Ländern im Mobilfunk verwendet. Dieser alte Standard wird in Deutschland zunehmend durch die schnellere UMTS-Technik abgelöst. Gerade in ländlichen Gebieten ist aber nur die nun geknackte Technik ver-

fügbare, auf die auch iPhones und iPads bei Überlastung oder fehlendem Aufbau des UMTS-Netzes zurückgreifen.

Neben Handys sind auch Industriesteuerungsanlagen, Mautsysteme und andere Anlagen von der Spionage des GPRS-Netzes betroffen.

Der Telenotarzt im Rettungsdienst

(BS) Mobile Geschäftsanwendungen bestimmen inzwischen viele Bereiche des täglichen Lebens. Ein Hauptfeld für deren Einsatz ist zunehmend die Gesundheitswirtschaft. Sie bildet daher auch einen Schwerpunkt im Rahmen des Förderprogramms "SimoBIT - sichere Anwendung der mobilen Informationstechnik (IT) zur Wertschöpfungssteigerung in Mittelstand und Verwaltung" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi).

Dazu gehört das derzeit umfangreichste Forschungsprojekt im deutschen Rettungsdienst "Med-on-@ix", das den Einsatz von mobiler Telekommunikationstechnik in der Notfallmedizin erforscht. Im Kern geht es darum, Rettungsdienstmitarbeiter zu unterstützen und ihnen an der Einsatzstelle mit dem gebündelten Wissen hochquali-

fizierter Notärzte zu helfen. So kann beispielsweise der geringen Abdeckung durch Notärzte im ländlichen Raum Rechnung getragen und kompetente Hilfe bis zum Eintreffen des Rettungsteams bei Spezialisten im Krankenhaus geleistet werden.

Im Rahmen des Projektes entstand eine Telenotarzt-Zentrale, an die direkt aus dem Rettungswagen sowie von der Einsatzstelle Daten, Messwerte und Live-Videos übertragen werden: "Wir ermöglichen mit dem Telenotarzt-System eine notärztliche Versorgung noch vor Eintreffen des Arztes und die Unterstützung der Rettungsdienstmitarbeiter, falls kein Notarzt angefordert wurde", sagt Dr.-Ing. Michael Tobias, Projektleiter Med-on-@ix. Das Ziel sei nicht nur die bestmögliche Behandlung des Patienten sicherzustellen, sondern auch einsatztak-

tisch zu beraten. Med-on-@ix will hochqualifizierte notärztliche Hilfe jederzeit und an jedem Einsatzort zugänglich machen. Der Notarzt in der Zentrale beurteilt Lage und Werte, kann bereits Informationen aus Datenbanken oder anderen Krankenhäusern einholen und assistiert dem Team vor Ort, indem er sein Wissen weitergibt.

Nach mehr als 500 erfolgreichen Einsätzen zur Unterstützung der Aachener Rettungskräfte hat das Projekt offiziell seine Laufzeit beendet.

Ab 2012 wird das innovative Telenotarzt-System im Rahmen einer Folgeförderung durch das Landesministerium für Innovation in Nordrhein-Westfalen online gehen und fünf unterschiedliche Rettungsdienstbereiche an die bisherige Zentrale in Aachen anschließen.

E-Brief: Veränderte Werbung notwendig

(BS) Der E-Postbrief darf nicht mehr wie bisher als "so sicher und verbindlich" wie ein klassischer Papierbrief beworben werden. Eine entsprechende Entscheidung hat das Landgericht Bonn nach einer Klage des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) getroffen.

In vielen Bereichen, so bei der Kündigung einer Wohnung, sei die Schriftform samt eigenhändiger Unterschrift notwendig. Der

E-Postbrief müsste die Unterschrift durch eine qualifizierte elektronische Signatur ersetzen.

Diese Technik fehle aber bisher. Daher könne der elektronische Brief nicht mit dem klassischen Versandbrief verglichen werden. Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig. Die Post prüfe derzeit die Möglichkeit der Revision.

Foto: BS/Rainer Sturm/Pixelio.de



E-Government Österreich: Open Data auf dem Vormarsch

(BS) Die Umsetzung der Open Government Strategie schreitet rasch voran. Über erste Schritte, einen Apps-Wettbewerb und die neue Kooperation Open Government Data Österreich sprach "Verwaltung kompakt" mit Ing. Roland Ledinger, Leiter des Bereichs IKT-Strategie des Bundes und der Abteilung I/13 und Geschäftsführer der Plattform Digitales Österreich.

Mit Open Government geht es rasant voran in Österreich. Gibt es schon einen Zeitplan für die Open Government Strategie bzw. was sind die nächsten Schritte und für wann ist das Open Data Portal Österreich geplant?

Open Government wurde bei der Klausur 2011 der Plattform digitales Österreich, also der Kooperation Bund-Länder-Städte-Gemeinden, als ein Schwerpunkt festgelegt. Außerdem wurde aufgrund der Priorität dieses Themas auch im Rahmen des Kompetenzzentrums Internetgesellschaft, eine Initiative des Bundeskanzlers, der Bundesministerin für Finanzen, der Bundesministerin für Infrastruktur und des Bundesministers für Wirtschaft zur Förderung von IKT in Österreich, Open Data auf die erste Prioritätenliste gesetzt.

Damit haben wir eine breite Basis, sowohl in der Verwaltung als auch Politik gelegt. Die ersten Umsetzungen wurden in den Städten Wien und Linz gestartet, wo die Politik Open Data aufgegriffen und forciert hat.

Die unmittelbaren Umsetzungsschritte sehen eine Potentialanalyse, die Festlegung von Standards für Katalogdefinitionen, Nutzungsbestimmungen, Formaten usw. sowie den Aufbau eines nationalen Metaportals vor. Diese Schritte sind bereits initiiert und sollen heuer noch abgeschlossen werden.

Derzeit läuft eine Erhebung in den Ministerien um Daten zu identifizieren, die unter Open Government Data fallen könnten. Gibt es da schon eine Zwischenbilanz, welche Daten könnten das sein?

Wir sind positiv überrascht von der Fülle der Rückmeldungen, obgleich die Erhebung

noch läuft. Die Datenquellen reichen von Rechtsinformationen, Bundesvoranschlag, Wirtschaftsdaten, Personalplan, Steuerdaten, Daten des Bildungswesens bis hin zu den Sozialausgaben. Dies ist eine gute Basis, um auch auf der Bundesebene dieses Thema zu adressieren.

Sie haben sich schon auf eine Creative Commons Namensnennung Lizenz für die Daten geeinigt. Steht denn schon fest, ob die Daten kostenfrei angeboten werden? Wenn kostenfrei, gilt das dann auch für Daten wie Geodaten und Firmenbuch (letzteres gerade aktuell in Deutschland)?

Im Rahmen der Umsetzungen der Stadt Wien und Linz wurde gemeinsam mit der Community das Rahmenwerk der Nutzungsbestimmungen diskutiert.

Anstatt eines individuellen Rechtsrahmens war die Forderung nach einer bereits etablierten Lizenzierung. So hat man sich auf Creative Commons geeinigt. Sollte es einen Nachjustierungsbedarf geben, werden wir das genauso unkompliziert und kooperativ umsetzen.

Derzeit denken wir nicht daran, Datenbestände, die heute nur gegen Entgelt angeboten werden, künftig kostenfrei zustellen. Dies ist nicht nur eine Frage der geplanten Budgets sondern auch eine Frage, was sich die Community und dabei insbesondere die Content verarbeitende Wirtschaft vorstellt. Hier gibt es noch unterschiedliche Positionen, die in gemeinsamer Diskussion betrachtet werden müssen.

Wien plant einen Apps-Wettbewerb. Gibt es ähnliche Pläne auch auf der Bundesebene?

Wettbewerbe und Auszeichnungen beleben eine Sache, das kennen wir von den zahlreichen Benchmarks und Awards aus dem E-Government Bereich. Derzeit gibt es aber keine Planung, auch auf Bundesebene einen derartigen Wettbewerb durchzuführen, was aber nicht bedeutet, dass wir uns doch noch kurzfristig dafür entscheiden.



Ing. Roland Ledinger, Geschäftsführer der Plattform Digitales Österreich sprach mit "Verwaltung kompakt" über die Ziele der OGD-Kooperation. Foto:BS/privat

Gerade wurde die Kooperation Open Government Data (OGD) Österreich gegründet. Was versprechen Sie sich von der Kooperation?

Die "Cooperation Open Government Data (OGD)" ist für mich die Basis für eine erfolgreiche kooperative Umsetzung von Open Government in Österreich. Web 2.0 und Social Media sind ein derart schnelles Medium sowie auch das Thema Open Data eines ist.

Daher müssen wir entsprechend rasch Entwicklungen erkennen und darauf reagieren. Dies funktioniert nur mit einer breiten Partizipation aller Stakeholder (also Anbieter und Nutzer).

Die Kooperation soll hier die Plattform dafür schaffen um Verwaltung und Community, also Wirtschafts- und BürgerInnen-Interessen, an einen Tisch zu bringen.



Verwaltung kompakt

Den Newsletter für die österreichische Verwaltung hier abonnieren.



7. Europäischer Bevölkerungs- und Katastrophenschutzkongress



2011: Bevölkerungsschutz 2.0 – Interaktion von Mensch und Technik

28.-29. September 2011 – Stadthalle Bonn Bad Godesberg

www.disaster-management.eu

Veranstalter:



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

**Technisches
Hilfswerk**



Behörden Spiegel

Mit Unterstützung:



Bundesministerium
des Innern



EU-Kommission

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter E-Government, Informationstechnologie und Politik" und verantwortlich: R. Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Guido Gehrt. Redaktion: Benjamin Bauer, Hartmut Bühl (Brüssel), Franz Drey, Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Carsten Köppl, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Patricia B. Linnertz, Joachim Wagner. Redaktionsassistentz: Kerstin Marmulla (Bonn), Sonja Bechthold (Berlin).
ProPressVerlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.